



**T A G E S O R D N U N G**  
Sitzung des Jugendhilfeausschusses

<b>Termin</b>	<b>Donnerstag, 06.10.2022, 16:00 Uhr</b>
<b>Ort</b>	<b>Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck</b>

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2.	Genehmigung der Niederschrift	
2.1.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2022	
2.2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.06.2022	
3.	Anliegen der Jugend	
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1.	Mitteilungen der Verwaltung	
4.2.	Anfrage von AM Jens Zimmermann (CDU): Auslaufen des Bundesförderprogramms "Sprach-Kitas" zum Jahresende	<b>VO/2022/11309</b>
4.2.1.	Beantwortung der Anfrage von AM Jens Zimmermann (CDU): Auslaufen des Bundesförderprogramms "Sprach-Kitas" zum Jahresende	<b>VO/2022/11309-01</b>
4.3.	AM Jens Zimmermann (CDU): Anfrage zu VO/2020/09466 - Aktuelle Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit - Aufrechterhaltung der Angebote	<b>VO/2022/11509</b>
5.	Berichte	
5.1.	365 Tage Demokratie - ein Jahr Partnerschaft für Demokratie Lübeck (PfD)	<b>VO/2022/11447</b>
5.2.	mdl. Bericht: Kompetenzteams Inklusion - neue Richtlinie	

6.	Beschlussvorlagen	
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1.	Austauschantrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/202/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände	<b>VO/2021/10079-01</b>
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9.	Verschiedenes	
10.	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

11.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
12.	Berichte	
13.	Beschlussvorlagen	
14.	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	



## NACHTRAGSTAGESORDNUNG

### Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 06.10.2022, 16:00 Uhr

**Sitzungsort:** Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck

---

Öffentlicher Teil:

4.4.	Anfrage von AM Jens Zimmermann (CDU): Sachstand angestrebter Umzug des Jugendzentrums in Schlutup	<b>VO/2022/11543</b>
4.5.	Anfrage des AM Daniel Kerlin (FDP): Verfahren bei steigenden Kosten für Energie- und Sachkosten	<b>VO/2022/11534</b>

► **Nr. VO/2022/11309**  
**öffentlich**

Lübeck, 02.08.2022

## Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: [schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de](mailto:schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de) Telefon: 122-1061)

### **Anfrage von AM Jens Zimmermann (CDU): Auslaufen des Bundesförderprogramms "Sprach-Kitas" zum Jahresende**

#### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
01.09.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

#### **Anfrage:**

Das Bundesfamilienministerium hat angekündigt, zum Jahresende das Bundesförderprogramm „Sprach-Kitas“ auslaufen zu lassen.

1. Welche Auswirkungen hat diese Entscheidung für Lübecker Kindertagesstätten insgesamt und kann die Hansestadt den Ausfall der Fördergelder auffangen?
2. Wie viele und welche Einrichtungen in Lübeck sind hier tatsächlich betroffen?
3. Wie hoch ist die Fördersumme aktuell insgesamt?

#### **Begründung:**

#### **Anlagen:**



► **Nr. VO/2022/11309-01**  
öffentlich

Lübeck, 26.08.2022

## **Antwort** **-öffentlich-**

**Verantwortliche Bereiche:**  
4.041.3 Finanzielle Förderung der Kindertagesbetreuung

**Bearbeitung:** Lisann Schupp (E-Mail: [lisann.schupp@luebeck.de](mailto:lisann.schupp@luebeck.de) Telefon: 122-7597)

## **Beantwortung der Anfrage von AM Jens Zimmermann (CDU): Auslaufen des Bundesförderprogramms "Sprach-Kitas" zum Jahresende**

### **Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
19.09.2022	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
06.10.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

### **Anlass:**

**Anfrage von AM Jens Zimmermann (CDU): Auslaufen des Bundesförderprogramms "Sprach-Kitas" zum Jahresende**

### **Antwort:**

#### **Frage 1:**

Welche Auswirkungen hat diese Entscheidung für Lübecker Kindertagesstätten insgesamt und kann die Hansestadt den Ausfall der Fördergelder auffangen?

### **Antwort:**

Das Auslaufen des Förderprogrammes hat bei allen beteiligten Trägern und Einrichtungen zur Folge, dass die daraus finanzierten Stellen nicht weiter aufrechterhalten werden können. Die Verträge laufen aus oder sie werden nicht weiter verlängert. Ein freier Träger und der städtische Träger geben an, dass die Fachkräfte in der Kita selbst als Erzieher:innen angestellt werden könnten. Es wird dabei zu Bedenken gegeben, dass es sich lediglich um ein Angebot an die Sprachförderkräfte handelt und mit der Stelle als Erzieher:innen im Gruppendienst ein geringeres Einkommen einherginge. Weiterhin fällt die zusätzliche Stelle zur Sprachförderung ersatzlos weg.

Bei dem Förderprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ handelt es sich um eine reine Bundesförderung. Eine Förderung zum Erhalt der Stellen durch die Hansestadt Lübeck, würde somit eine neue freiwillige Leistung darstellen. Als Konsolidierungskommune müsste daher eine Kompensation an anderer Stelle benannt werden.

Nach dem Gesetzesentwurf zum zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und der Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz) könnte durch das Land Schleswig-Holstein die Förderung von Sprach-Kitas fortgesetzt werden.

Wie der Deutsche Städtetag dazu aber schon in der Stellungnahme<sup>1</sup> vom 18.08.2022 zu bedenken gegeben hat, wird gegenüber dem bisherigen Fördervolumen des Gute-Kita-Gesetzes keine Erhöhung der der Fördersumme [für Qualität] vorgesehen, mit der diese Weiterfinanzierung sichergestellt werden könnte. Ebenso würde eine späte Verabschiedung des Gesetzes dazu führen, dass die Verträge aufgrund der unsicheren Refinanzierungslage bis zur Gesetzesverabschiedung weiterhin nicht verlängert werden könnten. Die Sprachförderkräfte würden sich beruflich umorientieren und die aufgebauten Strukturen würden sich zerschlagen, obwohl zum Ende des Jahres möglicherweise doch Gelder bereitstehen könnten.

Mit Beschluss des Bundesrates vom 16.09.2022 Drucksache 434/22<sup>2</sup> wurde die Bitte an die Bundesregierung herangetragen, das Förderprogramm auch über das Jahr 2022 hinaus fortzuführen und als dauerhaftes Bundesprogramm zu verstetigen. Hierdurch soll u.a. den im Rahmen des Bundesprogramms zusätzlich beschäftigten Fachkräften und Fachberatungen rechtzeitig eine Handlungs- und Planungssicherheit geboten werden. Die Entschließung wurde der Bundesregierung zugeleitet. Sie entscheidet, wann sie sich mit der Länderforderung befasst. Feste Fristen gibt es hierfür nicht.

## Frage 2:

Wie viele und welche Einrichtungen in Lübeck sind hier tatsächlich betroffen?

## Antwort:

Die Auswirkungen und der Förderbetrag wurden durch eine Abfrage bei den Trägern ermittelt. Aktuell sind in Lübeck 21 Einrichtungen betroffen, siehe folgende Aufstellung der Abfrage Sprach-Kitas.

Träger	Einrichtung	Auswirkungen insgesamt	Förderbetrag
AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.	Die Schatzinsel	Fachkraft könnte als Erzieher:in in Kita untergebracht werden	25.000 €
Der Kinderschutzbund e.V., OV Lübeck	Kinderhaus Blauer Elefant	2 Kräfte müssten gekündigt werden	25.000 €
	Regiokita Hundertwelten		25.000 €
	Bewegungskita Weltenbummler		25.000 €
DRK Betreuungsdienste Lübeck gGmbH	Kita Grashüpfer	Fachkraft 19,5h müsste abgebaut werden	29.100 €
Hansestadt Lübeck, Bereich 4.511	Dietrich-Buxtehude	Fachkräfte könnten als Erzieher:innen in der Kita untergebracht werden	29.100 €
	Hudekamp		29.100 €
	Malenter Straße		29.100 €
	Robert-Koch-Straße		29.100 €
	Schaluppenweg		29.100 €
	Klipperstraße		29.100 €
	Moislinger Berg		

<sup>1</sup><https://www.staedtetag.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=8461&token=3873ffa0dba65fdedec-fe3135605885f6af0a923>

<sup>2</sup><https://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2022/0401-0500/0434-22.html>

			29.100 €
KinderWege gGmbH	Kinderclub	8 Kräfte mit je 19,5 Std./W. müssten abge- baut werden	29.100 €
	Helene Bresslau		29.100 €
	Beruf und Kind		29.100 €
	Unter der Kastanie		29.100 €
	Kinderstube TM		29.100 €
	Generell	zusätzlich 3 Fachbera- tungskräfte (je 19,5 Std./W.) würden entfal- len	96.000 €
Kita-Werk gGmbH	Bugenhagen I	Stelle würde nicht neu besetzt	25.000 €
	Astrid Lindgren	Befristung würde nicht verlängert	25.000 €
Sprungtuch e.V.	Kita Buntekuh	Fachkraft könnte nicht weiter finanziert werden	25.000 €
Studentenwerk S-H	Studentenwerk	Fachkraft könnte nicht weiter finanziert werden	29.100 €
	21 Kitas sind betroffen		678.400 €

**Frage 3:**

Wie hoch ist die Fördersumme aktuell insgesamt?

**Antwort:**

Für das Jahr 2022 beträgt die Fördersumme aktuell 678.400 EUR.

**Anlagen:**

keine

Senatorin Monika Frank

► **Nr. VO/2022/11509**  
**öffentlich**

Lübeck, 21.09.2022

## Anfrage

**Bearbeitung:** Susanne Schaefer (E-Mail: [schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de](mailto:schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de) Telefon: 122-1061)

### **AM Jens Zimmermann (CDU): Anfrage zu VO/2020/09466 - Aktuelle Situation der offenen Kinder- und Jugendarbeit - Aufrechterhaltung der Angebote**

#### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
06.10.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

#### **Anfrage:**

Die Pandemie offenbarte im Verlauf, dass es für Mitarbeiter/-innen der Jugendhilfe und der Jugendzentren aktuell keine Möglichkeit gibt, mittels Messenger mit ihren Schützlingen in Kontakt zu treten.

Die Nutzung marktetaablierter Messenger wurde im September 2020 vom Bürgermeister untersagt. Besonders in Zeiten der Kontaktbeschränkungen und Kontaktverbote stellte dieser Umstand ein echtes Problem in der Jugendhilfe dar.

Als Lösung wurde die Entwicklung einer neuen JugendApp vorgestellt, neben weiteren Möglichkeiten und Funktionen insbesondere auch als alternative Möglichkeit zur schnellen, zeitgemäßen und bei Jugendlichen akzeptierten Form der Kommunikation zwischen z.B. Mitarbeitern aus den Jugendzentren und ihren Schützlingen.

1. Wie ist hierzu der aktuelle Sachstand?
2. Ist die App inzwischen ausgerollt, bei Kindern und Jugendlichen bekannt und entsprechend in Nutzung? Wie sind die Erfahrungen der Beteiligten?
3. Sollte die App noch immer nicht veröffentlicht sein, kann die Politik hier bei eventuellen Problemen noch unterstützend tätig werden, um den Vorgang effektiv mit voranzutreiben und zu beschleunigen? Welche Mittel und/oder Instrumente werden dazu benötigt?

Bitte um schriftliche Beantwortung der Fragen.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Anlagen:**

► **Nr. VO/2022/11543**  
**öffentlich**

Lübeck, 05.10.2022

## Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: [schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de](mailto:schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de) Telefon: 122-1061)

### **Anfrag von AM Jens Zimmermann (CDU): Sachstand angestrebter Umzug des Jugendzentrums in Schlutup**

#### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
06.10.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

#### **Anfrage:**

Die Verwaltung möge zum aktuellen Sachstand bezüglich des angestrebten Umzugs des Jugendzentrums in Schlutup vom aktuellen Standort „Zollhaus“ zum TSV Schlutup (alte Kegelhalle) berichten.

Bitte um schriftliche Beantwortung.

#### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

#### **Anlagen:**

► **Nr. VO/2022/11534**  
**öffentlich**

Lübeck, 29.09.2022

## Anfrage

Bearbeitung: Natalie Beisiegel (E-Mail: natalie.beisiegel@luebeck.de Telefon: 122-1051)

### Anfrage des AM Daniel Kerlin (FDP): Verfahren bei steigenden Kosten für Energie- und Sachkosten

#### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
06.10.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

#### **Anfrage:**

Von steigenden Kosten für Energie- und Sachkosten sind auch Kindertagespflegepersonen sowie die freien Träger von Kindertagesstätten, aber auch Jugendzentren und weitere Einrichtungen betroffen. Bei städt. Kindertagesstätten und Jugendzentren werden die Mehrkosten direkt vom städtischen Haushalt übernommen.

Eine Anpassung in den Budgetverträgen der freien Träger findet jeweils auf Basis der Inflationsrate zum 1. August eines jeden Jahres statt. Die Kostensteigerungen fallen allerdings aktuell an und summieren sich dann bis zur nächsten Erhöhung auf.

Die Landesmittel für Sachkosten werden jährlich zum 1. Januar angepasst. Das Sozialministerium hat angekündigt 5 Mio. € zusätzlich ab dem 1. Januar 2024 zur Verfügung zu stellen um Mehrkosten bei den Kitaträgern abzumildern.

Wie bewertet die Verwaltung diese Problematik aus Gleichbehandlungsgrundsätzen zwischen städtischen Einrichtungen und denen freier Träger?

Wie bewertet die Verwaltung, die auf Lübeck entfallende Summe. Ist diese bedarfsgerecht? Wann werden die Kitaträger von den erhöhten Sachkostenanteilen des Landes profitieren können?

Aufgrund höherer Kosten und einen Ausgleich von Kostensteigerungen erst zum 1. August 2023 durch eine Budgeterhöhung können Liquiditätsprobleme bei den Trägern drohen. Welche Möglichkeiten gibt es nachgewiesene Kostensteigerung bzw. Mehrkosten durch die Stadt bzw. durch gezahlten Landesmittel zu übernehmen?

Was passiert mit den zum 1. Januar erhöhten Landesmitteln, die an die Stadt fließen, bis die Erhöhung des Budgetvolumen zum 1. August wirksam wird?

#### **Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil: (nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

#### **Begründung:**

**Anlagen:**



► Nr. VO/2022/11447  
öffentlich

Lübeck, 07.09.2022

## Bericht -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:  
4.513 - Jugendarbeit

Bearbeitung: Birgit Reichel (E-Mail: birgit.reichel@luebeck.de Telefon: 122 - 5133)

### 365 Tage Demokratie - ein Jahr Partnerschaft für Demokratie Lübeck (Pfd)

#### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.09.2022	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
06.10.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

#### **Anlass:**

Seit Juni 2021 ist Lübeck eine von über 200 deutschlandweiten Partnerschaften für Demokratie, die durch das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ in einer vierjährigen Förderperiode (bis Ende 2024) finanziert werden. Gefördert werden zivilgesellschaftliches Engagement für ein vielfältiges und demokratisches Miteinander und die Arbeit gegen Radikalisierung und Polarisierung in der Gesellschaft.

Die Partnerschaften für Demokratie sind dem Handlungsstrang des Bundesprogramms zugeordnet, bei dem die Förderung von nachhaltigen Strukturen im Vordergrund steht. Hierbei wird explizit die Zusammenarbeit von Kommune, freien Trägern und der Zivilgesellschaft gefördert.

Dieser Bericht zeigt auf, wie sich das Programm im ersten Jahr in Lübeck entwickelt hat.

#### **Bericht:**

Sprungtuch e.V. ist in Lübeck mit zwei Mitarbeitenden für die Koordinierungs- und Fachstelle in Kooperation mit dem federführenden Bereich Jugendarbeit seit 2021 tätig. Zwei weitere Institutionen innerhalb der Partnerschaften für Demokratie (Pfd) sind der Begleitausschuss und das Jugendforum.

Die wichtigsten Meilensteine für die ersten 365 Tage der Förderphase konnten umgesetzt werden:

1. Einberufung und Einarbeitung der Koordinierungs- und Fachstelle (KuF),
2. Konstituierung und Etablierung des Begleitausschusses und Entwicklung einer rechtskräftigen Geschäftsordnung für das Gremium,
3. Durchführung von zwei Demokratiekonferenzen (2021 und 2022),
4. Auswahl- und Entscheidungsverfahren zu Projektanträgen wurden entwickelt und etabliert, thematische Förderrichtlinien für den Aktions- und Initiativfonds, der durch den Begleitausschuss entschieden wird, festgelegt,
5. Förderung von mehr als 20 demokratiefördernden Projekten in Lübeck, die meisten mit dem Zielgruppenschwerpunkt Jugendliche,

6. Durchführung von drei Beteiligungs-Workshops zum Aufbau des Jugendforums (in Zusammenarbeit mit SAME (Solidarity Action Day Movement in Europe) / „Schüler Helfen Leben“),
7. Etablierung der Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Flyer in leichter Sprache) und Erstellung Internetauftritt [www.demokratie-luebeck.de](http://www.demokratie-luebeck.de).

### **Die Arbeit des Begleitausschusses**

Im Begleitausschuss kommen vier Mal im Jahr sowohl zivilgesellschaftliche Akteur:innen als auch Vertreter:innen der Stadtverwaltung und Politik aus insgesamt 20 Institutionen/ kommunalen Bereichen zusammen. Gemeinsam beraten sie den federführenden Bereich sowie die Koordinierungs- und Fachstelle. Abgestimmt wird einerseits die Mittelvergabe aus dem Aktions- und Initiativfonds (hieran beteiligt sich auch die Stabsstelle Integration der Hansestadt Lübeck), andererseits die strategische Ausrichtung der Partnerschaft. Weiterhin nehmen die Beteiligten aktiv an der Gestaltung der PfD und v. a. der Demokratiekonferenz teil. So wurden 2022 mehrere Workshops von aktiven Mitgliedern des Ausschusses angeboten. Vertreten ist hier u. a. „Schüler Helfen Leben“.

### **Jugendforum und seine spezifischen Herausforderungen**

Das entstehende Jugendforum soll Jugendlichen Raum für Austausch mit Anderen und die Entwicklung gemeinsamer Aktionen, in denen sie ihre Themen und Interessen in Eigenregie diskutieren und vertreten können, bieten. Innerhalb des Bundesprogramms ist das Jugendforum offen und weitgehend autonom gedacht, sodass Jugendliche sich hier nur einmalig beteiligen oder über einen längeren Zeitraum in der Gruppe wirken können. Es ist kein starres Gremium, vielmehr soll hier eine lebendige Community entstehen, die sich für Demokratie einsetzt. Bisher konnten drei Beteiligungs-Workshops zum Aufbau des Jugendforums durchgeführt werden, ebenso ist die pädagogische Begleitung des Forums angelaufen. Dennoch konnte kein festes Format etabliert werden. Im Austausch mit anderen PfDs wurde diese Herausforderung evaluiert und festgestellt, dass die meisten PfDs mit der Etablierung verbindlicher Strukturen im Jugendbereich, selbst im beschriebenen Sinne einer „Plattform“ mit wechselnden Akteur:innen, insbesondere seit der Coronapandemie nicht erfolgreich waren.

Aktuell wird daher das Format des Jugendforums für Lübeck weitergedacht. Hierfür werden zurzeit (Stand: September 2022) verschiedene Ideen entwickelt und deren Umsetzungsmöglichkeiten reflektiert, wie zum Beispiel die Idee eines sog. „Jugend-Dialog-Festivals“. Einmal im Jahr könnte es in unterschiedlichen Stadtteilen, angebunden an Jugendfreizeiteinrichtungen, stattfinden. Das Ziel ist, niedrigschwellige Möglichkeiten zu schaffen, um miteinander über Demokratie im Kontext von jugendspezifischen Themen in den Dialog zu treten. Diese Idee wird in den kommenden Monaten mit relevanten Akteur:innen, wie der Jugendbeteiligung, Jugendfreizeiteinrichtungen etc. thematisiert. Diese und weitere Ideen werden derzeit im Bereich Jugendarbeit mit Beteiligten diskutiert, um Jugendliche zielgruppengerecht für das Thema Demokratie und die Arbeit im Jugendforum zu gewinnen.

### **Geplante Meilensteine 2023**

Die für den Förderzeitraum 2022 gesetzten Ziele werden bis Jahresabschluss überwiegend erfüllt sein. Für das nächste Förderjahr werden folgende Meilensteine verfolgt:

1. Organisation eines Fachaustausches der Jugendforen aus Schleswig-Holstein/ Norddeutschland in Lübeck,
2. Weiterentwicklung und Formatetablierung des Lübecker Jugendforums in Kooperation mit relevanten Akteur:innen,
3. Weiterführung der Arbeit des Begleitausschusses,
4. Durchführung einer Demokratiekonferenz,

5. Weiterentwicklung der Wirksamkeit im öffentlichen Raum,
6. Durchführung von eigenen offenen Workshopangeboten durch die Pfd,
7. Entwicklung von Methoden, um für das Projekt steuerungsrelevante Faktoren zu beobachten,
8. Entwicklung einer Projektidee gegen Diffamierung im digitalen Raum (Schwerpunkt Hate Speech).

### Kritische Reflexion der ersten 365 Tage

Wie bereits angesprochen, stellt vor allem die Entwicklung eines gelungenen Formates für das Jugendforum in Lübeck eine Herausforderung dar. In Rücksprache mit Vertreter:innen des Bundesprogramms kann festgestellt werden, dass die meisten PfdS vor derselben Herausforderung stehen. Daher soll im kommenden Jahr der Schwerpunkt auf ein spannendes partizipatives Format ausgerichtet werden. Hierfür ist die regelmäßige Rückmeldung des aktuellen Standes der Arbeit der Pfd im Gesamten gegenüber dem Jugendhilfeausschuss ein wichtiges Instrument.

Finanzen	2021		2022
	Geplante Gesamtausgaben	Tatsächliche Ausgaben	Geplante Gesamtausgaben
Bundesmittel	72.916,65 €	1.194,35 €	125.000,00 €
Landesmittel	6.416,67 €	4.547,71 €	11.000,00 €
Eigenmittel HL	1.685,18 €	51.678,50 €	2.888,89 €
<b>Gesamt</b>	<b>81.018,48 €</b>	<b>57.420,56 €</b>	<b>138.888,89 €</b>

**Anlagen:**  
keine

Senatorin Monika Frank

## Antrag

Bearbeitung: Joanna Kjer (E-Mail: joanna.kjer@luebeck.de Telefon: 122-1070)

### Austauschantrag der Fraktion Die Unabhängigen zur VO/2021/10079: Hilfen für Kinder und Jugendliche hinsichtlich deren Betroffenheit durch die pandemiebedingten Umstände

#### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
20.05.2021	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

#### Antrag:

*Die Verwaltung wird beauftragt:*

1. **zusätzlich** zum Ferienpass kostenfreie und niedrigschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen: z. B. geöffnete Sportanlagen der Sportvereine, zusätzliche Angebote der Sportvereine z.B. Fußballcamp, Handballwoche, Möglichkeiten für Beachvolleyball, Öffnen der Schwimmbäder für Schwimmkurse, Ausbau der Schwimmkurse in den Freibädern.

*Neben den Sportangeboten gilt es zu bedenken: Deutschkurse für Migranten, Verkehrserziehung, Erste Hilfe-Kurse, Angebote von Museen und Theatern, in Uni und TH, Angebote von Externen z.B. Musik-, Kunst-, Sprach- und Tanzschulen, Nachhilfeinstitute, Exeo e.V., Kletterparks und -hallen), Nachhilfe in Schulen in Ferienbetreuung integrieren.*

*Um für zusätzliches Personal zu sorgen, können Studierende und ggf. ehrenamtliche Helfer mit einbezogen werden.*

2. **Feriengutscheine für Kinder und Jugendliche einzuführen** (z. B. mittels Gutscheinen z.B. 2 x 50 Euro - entweder für einen Kurs für 100 Euro oder 2 Kurse (Juli/August/Oktober).

3. **Kurzfristig dafür zu sorgen, dass der Ferienpass und Ferienfahrten und die o.g. Zusatzangebote sowie die Feriengutscheine aktiv an die Kinder und in die Familien getragen werden** (z. B. durch Sportlehrer, Schulsozialarbeiter, Jugendamt, Stadtmütter, Nachbarschaftsbüros). Die Beteiligten sollen gebeten werden, Familien zu informieren und Hilfestellung beim Anmelden und bei der Inanspruchnahme der Angebote zu leisten.

4. **Die Kosten für die Ferienbetreuung in den Grundschulen zu übernehmen und die Ferienbetreuung für alle Kinder zu ermöglichen, sodass viele Familien eine Teilnahmemöglichkeit bekommen und keine zusätzliche finanzielle Belastung haben.**

*Immer lauter werden die Stimmen der Kinder- und Jugendärzte, die die politische Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie kritisieren. Bei den Kindern sind u.a. psychische Erkrankungen, eine starke Gewichtszunahme und sehr erhöhter Medikamentenkonsum und das Verlernen der deutschen Sprache festzustellen. Daher ist dringend dafür Sorge zu tragen, dass die Kinder und Jugendlichen mindestens in den Sommerferien möglichst viele unbeschwerte Tage und Erlebnisse genießen können. Auch sollen die Eltern entlastet werden, auch finanziell. Die Stadt übernimmt die anfallenden Kosten z.B. aus den Bundesmitteln oder aus dem Coronafond.*

*Im Ferienpass werden tolle Angebote gemacht, die in den meisten Fällen viel günstiger sind als freie Angebote. Allerdings sollen Familien, denen das Einkommen unter Corona weggebrochen ist, die in Kurzarbeit sind, oder erschöpft vom Homeoffice und Homeschooling nicht von den Angeboten ausgeschlossen werden. Hier ist eine Kostenübernahme oder Zuschuss von der Stadt zusätzlich zu dem Aktivpass nötig.*

*Beispiel: In Heidelberg erhalten z.B. Kinder aus finanziell schwächer gestellten Familien 3 Feriengutscheine mit 110 Euro)*

**Anlagen:**

Vorsitzende/r  
Fraktion Die Unabhängigen